

## **Dringende Stellungnahme zur geplanten "IP-Adressspeicherung" – Gefährdung der digitalen Sicherheit und Souveränität Deutschlands**

30.01.2026

Sehr geehrte Damen und Herren,

angesichts des vom Bundesjustizministerium vorgelegten Gesetzentwurfs zur "IP-Adressspeicherung" und der damit effektiv verbundenen Einführung einer umfassenden und anlasslosen Vorratsdatenspeicherung wenden wir uns heute dringend an Sie.

Wir sind die Phoenix R&D GmbH, ein Berliner Wirtschaftsunternehmen, das Software im Bereich der sicheren Kommunikation entwickelt und direkt von den geplanten Maßnahmen betroffen wäre.

### **Unser Beitrag zur digitalen Souveränität**

Wir entwickeln sichere und datensparsame Kommunikationstechnologien, welche es verschiedenen Gruppen (u.a. Unternehmen, Privatpersonen, Regierungsorganisationen, NGOs) ermöglichen sicher miteinander zu kommunizieren. Des Weiteren unterstützen wir deutsche Unternehmen dabei, ihre Produkte mit erhöhter Sicherheit auszustatten.

#### **Unter anderem kommen unsere Technologien auch in dem vom Bund genutzten Messenger Wire zum Einsatz und schützen damit die interne Kommunikation der Bundesverwaltung.**

Darunter befinden sich u.a. das Bundesinnenministerium (BMI), Bundesbildungsministerium (BMBF) sowie das Bundeswirtschaftsministerium (BMWK) und das Bundesgesundheitsministerium (BMG), sowie in nachgeordneten Behörden wie dem Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI), Bundeskartellamt (BKartA), ITZBund, Bundesverwaltungsamt (BVA), Bundeskriminalamt (BKA) und Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV).

Die Vertraulichkeit von Unterhaltungen über sichere Messenger-Dienste lebt jedoch auch davon, dass diese Dienste datensparsam genutzt werden können und ihre Nutzer nicht überwachen.

Der vorgelegte Gesetzentwurf zur "IP-Adressspeicherung" und der damit effektiv verbundenen Einführung einer umfassenden und anlasslosen Vorratsdatenspeicherung sieht genau eine solche Überwachung von Kommunikationsmustern vor, wie wir sie nicht einmal von Briefkommunikation kennen.

### **Fundamentale Bedenken zum Gesetzentwurf**

Als Experten für sichere Kommunikation möchten wir auf die sicherheitspolitischen Probleme der vorgeschlagenen Regelung hinweisen:

#### **Widerspruch zu Datenschutz und Datenminimierung**

Der vorliegende Gesetzentwurf geht weit über vergangene Gesetzesentwürfe, welche von deutschen und europäischen Gerichten als verfassungswidrig eingestuft wurden, hinaus und läuft völlig der eigentlichen Idee von Datenschutz und dem Konzept der Datenminimierung zuwider. Während echte Datenschutzpraxis, wie sie auch von der DSGVO rechtlich verankert ist, bedeutet, nur Daten zu erheben, die zum Betreiben eines Dienstes zwingend notwendig sind, fordert dieser Vorschlag die Anfertigung einer Klartextdatenbank mit persönlichen Daten. Eine solche Datenbank sammelt zusätzliche Daten, welche zum Betrieb nicht nötig sind und des Weiteren werden damit neue Angriffsvektoren geschaffen.

## **Schlechterstellung deutscher Nutzer**

Deutsche Nutzer würden durch den Gesetzesvorschlag wesentlich schlechter gestellt als andere EU-Nutzer oder gar US-Nutzer, wo es solche Diskussionen nicht gibt. Deutschland würde damit von einem Aushängeschild für Datenschutz zu einem Land mit umfassender Überwachungsinfrastruktur werden – und das zu einem Zeitpunkt, wo die digitale Souveränität und der Schutz vor ausländischer Überwachung wichtiger denn je sind.

## **Gefährdung der nationalen Sicherheit**

Im Jahr 2026 wissen wir aufgrund von vergangener Abhörskandale, dass unverschlüsselte Daten früher oder später abfließen werden. Gerade in der heutigen geopolitischen Situation sind solche Vorschläge unklug, nicht zuletzt, weil auch die Wirtschaft und die nationale Sicherheit davon betroffen wären.

Der Gesetzesentwurf sieht vor, dass Anbieter sensible Daten unverschlüsselt vorhalten müssen. Die geplanten Maßnahmen schaffen neue Angriffsvektoren und Schwachstellen, die von Kriminellen und staatlichen Akteuren ausgenutzt werden können. Dies schwächt die Vertrauenskette digitaler Kommunikation.

## **Schwächung der deutschen Technologieführerschaft**

**Deutsche und europäische Technologieunternehmen erleben derzeit einen Aufschwung durch die Unsicherheiten in den USA, der vorgelegte Gesetzesentwurf wirkt diesem Aufschwung entgegen.**

Datenschutzfreundliche Messenger aus Deutschland, welche keine Daten darüber speichern, woher ihre Nutzer kommen, würden aufgrund eines solchen Gesetzes dazu gezwungen, diese Daten zu erheben. Dadurch würden deutsche Diensteanbieter deutlich schlechter gestellt als internationale Anbieter und hätten einen klaren Wettbewerbsnachteil.

Dadurch verlieren Deutschland und Europa ihre Vorreiterrolle bei sicheren Kommunikationstechnologien. Während Deutschland und die EU versuchen, digitale Unabhängigkeit von amerikanischen Big-Tech-Konzernen zu erreichen, untergraben solche Gesetze systematisch die Grundlagen für vertrauenswürdige europäische Alternativen.

Dies untergräbt die Bemühungen um digitale Souveränität und schwächt die Position sowohl deutscher als auch europäischer Technologieanbieter im globalen Wettbewerb.

## **Unser dringender Appell**

Wir appellieren eindringlich an Sie, sich gegen die vorgeschlagene Vorratsdatenspeicherung auszusprechen. Die geplanten Maßnahmen

- schaffen eine beispiellose Überwachungsinfrastruktur ohne konkreten Anlass,
- gefährden die digitale Souveränität Deutschlands und Europas,
- widersprechen fundamental den Prinzipien von Datenschutz und Datenminimierung,
- benachteiligen deutsche Nutzer gegenüber Nutzern in anderen Ländern und
- bedrohen die Wettbewerbsfähigkeit deutscher Technologieunternehmen.

Aus unserer Perspektive sollte Datenschutz so aussehen, dass nur Daten erhoben werden, die zum Betreiben eines Dienstes zwingend notwendig sind, und dass jene Daten, die anfallen, so gut wie möglich geschützt werden.

Als direkt betroffenes Unternehmen und Experten für sichere Kommunikation sehen wir es als unsere Verantwortung, Sie vor den schwerwiegenden Konsequenzen dieser Verordnung zu warnen.

Wir bitten Sie dringend, sich für eine Position einzusetzen, die sowohl die Strafverfolgung als auch die digitale Sicherheit, Grundrechte und die technologische Souveränität Deutschlands wahrt. **Der vorgeschlagene Gesetzentwurf bewirkt das Gegenteil.**

Für weitere technische Details und einen konstruktiven Dialog stehen wir Ihnen jederzeit zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Raphael Robert  
CEO, Phoenix R&D GmbH

Julian Mair  
Head of Operations, Phoenix R&D GmbH